



BRIGITTE AULENBACHER /  
MICHAEL BURAWOY /  
KLAUS DÖRRE /  
JOHANNA SITTEL (HRSG.):  
ÖFFENTLICHE SOZIOLOGIE.  
WISSENSCHAFT IM DIALOG  
MIT DER GESELLSCHAFT

Campus Verlag,  
Frankfurt a. M./New York 2017

ISBN 978-3-593-50635-7  
378 Seiten, 24,95 €

Die sowohl wissenschaftlich-publizistischen als auch in der breiten Öffentlichkeit geführten Diskussionen der letzten Jahre haben gezeigt: Kapitalismuskritik ist seit der Wirtschaftskrise aus dem Jahr 2008 wieder salonfähig geworden, laut den Herausgebern des hier besprochenen Bandes „aber zumeist merkwürdig konsequenzlos“ (S.13) geblieben. Das sitzt! Und wer die ersten Seiten des von Brigitte Aulenbacher, Michael Burawoy, Klaus Dörre und Johanna Sittel verantworteten Buches hinter sich gebracht hat, dürfte schnell gemerkt haben, worum es hier geht. Aber eines nach dem anderen.

Vor dem Hintergrund einer neoliberalen Globalisierung, die Mensch und Natur im weltweiten Maßstab neuen Bedrohungen aussetzt, proklamieren Vertreter der ‚Public Sociology‘ die Verantwortung sozialwissenschaftlicher Forschung, „eine öffentliche Wende“ (S.110) zu vollziehen. Wollten etwa Vertreter einer Kritischen Theorie der Frankfurter Schule noch die Möglichkeit und Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderung begründen, gehen die Protagonisten der Public Sociology einen Schritt weiter: Als gezielte Intervention in das politische Geschehen verfolgt diese im Umfeld des in Berkeley lehrenden Soziologen Michael Burawoy entstandene Spielart des Faches einen unmittelbar praktischen Ansatz. Den Fragen, wie genau dieser aussehen kann, wo seine Potenziale und wo seine Grenzen liegen, widmet sich der vorliegende Band mit hohem Reflexionsvermögen.

In Abgrenzung zu den fachlichen Sphären einer angewandten, einer professionellen und einer kritischen Soziologie sucht die öffentliche Soziologie den (forschungspraktischen wie politischen) Schulterchluss mit der Zivilgesellschaft. In einem ersten Teil eruiert eine Reihe von Beiträgen die forschungslogischen Herausforderungen öffentlicher Soziologie. Theoretisch ist der Ansatz hierbei eng mit der kapitalismustheoretischen Grundfrage nach den Grenzen marktbasierter Gesellschaftssteuerung verbunden. Die kritische Stoßrichtung zeigt sich nicht zuletzt, wenn Klaus Dörre (S.58ff.) – scheinbar en passant, doch vor dem Hintergrund der Postwachstumsdebatte einmal mehr an der Schnittstelle von Kapitalismustheorie und Zeitdiagnose – die Konturen eines (von ihm offenkundig favorisierten) sozialistischen Modells von Wirtschaft und Gesellschaft nachzeichnet. Mit Ausnahme des US-Amerikaners Erik Olin Wright haben entsprechende Stimmen (zumindest im Verlauf der letzten Jahrzehnte) keinen Eingang in den soziologischen Mainstream gefunden.

Die Beiträge im folgenden Abschnitt geben Einblick in verschiedene Anwendungsfelder der öffentlichen Soziologie. Während diese naturgemäß nicht auf bestimmte Bereiche des gesellschaftlichen Lebens beschränkt sind, liegt die Schwerpunktsetzung in den Feldern „Arbeit“, „Ökologie“ und „Autoritarismus“ in den eigenen forschungsbio-graphischen Erfahrungen der Herausgeber begründet. Der nächste Abschnitt beschreibt den engen Zusammenhang öffentlicher Soziologie mit dem globalen Maßstab. Internationale Verflechtungszusammenhänge prägen hierbei

nicht nur die Gesellschaft als Forschungsobjekt, sondern auch die *scientific community* selbst. Ein weiteres Bündel von Beiträgen eruiert die praktische Relevanz öffentlicher Soziologie in Medien und Politik.

Einen besonderen Schwerpunkt auf die Verbindung sozialwissenschaftlicher Forschung und gewerkschaftlichen Interessehandelns legt der Beitrag von Hans-Jürgen Urban. Als selbst seit geraumer Zeit an der Grenze von Wissenschaft und Praxis tätiger Fachvertreter stellt er die Schwierigkeiten und Herausforderungen dar, die eine Zusammenarbeit beider Sphären – den jeweils unterschiedlichen Hintergründen geschuldet – mit sich bringen kann: Wenn, wie Urban (S.80f.) beschreibt „Spannungen und wechselseitige Überforderungen immer als Störfaktoren auftauchen“ werden, erfordert eine wirksame Einspeisung von Erkenntnissen öffentlicher Soziologie in den politischen Prozess einerseits und das Aufnehmen forschungsrelevanter Impulse aus der Praxis andererseits vor allem drei Dinge: Wechselseitiges Verständnis, Geduld und eine „informierte Toleranz“. Erst wenn diese Grundlage einer belastbaren Kooperationsbeziehung gegeben sei, offenbarten sich die beiden wesentlichen Punkte, in denen eine öffentliche Soziologie von gewerkschaftspolitischem Nutzen sein könnte – kurzfristige Impulse für die konkrete Vertretungsarbeit und eine langfristige Sensibilisierung für neue politische Entwicklungen. Eine „öffentliche Gewerkschaftssoziologie“, so Urban (S.72) weiter, könne dann als „Soziologie der Gewerkschaften, in den Gewerkschaften und für die Gewerkschaften“ fungieren. Während die Soziologie *der* Gewerkschaften ihr Verhältnis zum Forschungsgegenstand bestimmt, fokussiert die Soziologie *in den* Gewerkschaften auf eine organische Kooperation mit den aktiven Mitgliedern. Eine Soziologie *für die* Gewerkschaften orientiert schließlich auf eine Mitgestaltung politischen Problemlösens im Rahmen von Beratung und Strategiedebatten.

Das Projekt einer öffentlichen Soziologie, so lässt sich nach der Lektüre des Bandes resümieren, stellt angesichts eines zunehmenden Unbehagens mit der gesellschaftlichen Entwicklung ein progressives Projekt mit dem Ziel dar, wissenschaftliche Expertise zur Gestaltung politischer Prozesse zu nutzen. Der mitunter radikale und kämpferische Gestus der Beiträge erscheint jedoch keineswegs übertrieben; er stellt sich, immer rückgebunden an nachvollziehbare Darstellungen, vielmehr als „vernünftig“ dar.

Aber können die Gewerkschaften nun wirklich noch etwas von der *Public Sociology* lernen? Impulse aus der Forschung finden seit vielen Jahrzehnten – nicht zuletzt aufgrund der vielfältigen Forschungsk Kooperationen zwischen Wissenschaft und Gewerkschaften – Eingang in ihre politische Vertretungspraxis. Im Sinne der Herausgeber ließe sich deswegen argumentieren, dass öffentliche Soziologie keineswegs das Rad neu erfindet, sondern – sowohl in der Forschung als auch in der Politik – an bestehende Institutionen anschließt, um im Dialog Erkenntnisse zu gewinnen, die sowohl praxisrelevant als auch theoretisch innovativ sind. ■

MARTIN SEELIGER, FLENSBURG